

**Wir benötigen keine weiteren Plakate zum Aufhängen oder Flyer zum Auslegen - wir brauchen zusätzliches qualifiziertes Personal, um den Anstieg an notwendiger Prävention, Betreuung und Beratung leisten zu können! – Der Gesetzgeber hat im CanG die Ausweitung der Prävention mitbedacht, wir fordern nunmehr eine zeitnahe Umsetzung.**

17.05.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Teillegalisierung von Cannabis hat massive Auswirkungen auf die Arbeit ambulanter Suchthilfeeinrichtungen vor Ort. Wir möchten unsere große Besorgnis darüber zum Ausdruck bringen, dass die Präventionsfachkräfte und (Jugendsucht-) Beratungsstellen wider besseren Wissens und aller Warnungen der einschlägigen Fachgesellschaften nicht ausreichend finanziert werden, um den Anstieg der Nachfragen zu bewältigen.

Durch die Regulierung wird die subjektiv empfundene Verfügbarkeit von Cannabis erhöht und einer gesteigerten Attraktivität zum Konsumeinstieg muss vorgebeugt werden. Bereits jetzt ist zu beobachten, dass sich ein signifikanter Teil des Marktes auf das Geschäft mit medizinischem Cannabis verlagert, denn – Medizinisches Cannabis ist legal zu erwerben, wird endstigmatisiert und „einfacher“ verschreibbar. Online Apotheken werben offensiv mit Rezepten- auch ohne ärztliche Beratung. Zudem steigt sichtbar der Nachfragedruck der Patienten\*innen und die Zahl gefälschter Rezepte. Hinzu kommt der erlaubte Eigenanbau von bis zu drei Cannabispflanzen und ab dem 1. Juli 2024 der nichtkommerzielle Anbau in Clubs.

Um proaktiv auf die Herausforderungen der Cannabislegalisierung vor Ort zu reagieren, haben wir bereits ein eigenes Curriculum entwickelt, um unsere Fachexperten\*innen optimal auf ihre zukünftigen Aufgaben vorzubereiten. Zudem legen wir einen starken Fokus auf eine produktive Netzwerkarbeit vor Ort, um den Jugend- und Gesundheitsschutz effektiv umzusetzen. Insbesondere bei den schulischen Programmen besteht ein großer Entwicklungs- und Evaluationsbedarf, da die bisherigen Projekte und Programme auf der Prämisse des Cannabisverbotes beruhen und nicht mehr aktuell sind.

**Es wäre von großem Nutzen, wenn für die (Jugend-) Suchtberatungs- und Präventionsangebote zeitnah die versprochenen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um personelle und materielle Ressourcen aufzustocken.** Nur so kann sichergestellt werden, dass die Gesundheit und das Wohlbefinden der Jugendlichen effektiv geschützt werden.

Politik und Fachexpert\*innen sind jetzt gefordert, der Suchtprävention und (Jugendsucht-) Beratungsarbeit eine starke Gewichtung zu verleihen. Die Teillegalisierung kann nur dann in einem verbesserten Gesundheits- und Jugendschutz münden, wenn der bedarfsgerechten Ausstattung der Suchthilfeträger eine hohe Priorität eingeräumt wird. Eine systemische Verankerung und politische

Stärkung der Suchtprävention ist ein zentraler Beitrag zur Gesunderhaltung der gesamten Bevölkerung.

#### gez. **Initiativkreis Drogenhilfe in NRW**

*Der **Initiativkreis Drogenhilfe** in Nordrhein-Westfalen hat sich Ende des Jahres 2017 gegründet. Hintergrund sind die Herausforderungen der Zukunft (u.a. Fachkräftemangel, Generationenmix) auf die flexibel reagiert werden müssen und die seit vielen Jahren nicht hinreichenden landespolitischen Impulse und Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Drogenhilfe in Nordrhein-Westfalen. Die Folgen sind eine verstetigte spezifische kommunale Fokussierung und Ausrichtung. Da wir jedoch gegenwärtig und zukünftig vor zahlreichen gemeinsamen Herausforderungen stehen sind fachliche Diskurse zu unterschiedlichen Themenfeldern auf der Leitungsebene der ambulanten Drogenhilfeeinrichtungen erforderlich (einschl. eines „Zwischeneinrichtungsvergleichs“), um kommunale, aber auch landesbezogene Impulse u.a. zu aktuellen Projekten und Forschungsergebnissen auszutauschen und (weiter-) entwickeln zu können. Hierzu werden u.a. die Finanzierungsgrundlagen, die rechtlichen, drogenpolitischen und organisatorischen Rahmenbedingungen für eine am aktuellen wissenschaftlichen Stand orientierte professionelle ambulante Drogenhilfe thematisiert. Neben den Impulsen für einen möglichen Transfer in die jeweilige eigene Einrichtung und Kommune werden landes- und drogenpolitische Zielsetzungen entwickelt und mögliche Vernetzungen (z.B. für Fachtage, gemeinsame Projekte) projiziert.*

#### **Unterzeichner:innen dieses Schreibens**

<b>Einrichtung</b>	<b>Name</b>	<b>Funktion</b>
Soziales Zentrum <b>Dortmund</b> e.V.	Wolfram Schulte	Leiter
Suchthilfeverbund <b>Duisburg</b> e.V.	Mustafa Arslan	Geschäftsführung
Suchthilfe direkt <b>Essen</b> gGmbH	Bärbel Marrziniak	Geschäftsführung
Familienorientiertes Suchthilfe-Zentrum <b>Wesel</b>	Jörg Kons	Geschäftsführende Leitung
Drogenhilfe <b>Recklinghausen</b> und Ostvest e.V.	Peter Appelhoff	Leiter und Geschäftsführer
Drogenhilfe <b>Köln</b>	Markus Wirtz	Geschäftsführer
Drogenhilfe PUR <b>Dortmund</b>	Michael Gierse	Geschäftsführer

Mädchen- und Frauen- Beratungsstelle BELLA DONNA <b>Essen</b>	Nicole Gutsch	Vorständin
Anonyme Drogenberatung <b>Iserlohn</b>	Stefan Tertel	Geschäftsführer
Grafschafter Diakonie Drogenhilfe <b>Moers</b> Drogenhilfe <b>Kamp-Linfort</b>	Britta Dietrich-Aust	Fachbereichsleitung Drogenhilfe
Suchthilfe <b>Wuppertal</b> gGmbH	Stefanie Gellert- Beckmann	Geschäftsführerin
VFG gem. Betriebs GmbH <b>Bonn</b>	Nelly Grunwald	Geschäftsführung
Jugendhilfe <b>Bottrop</b> e.V. Jugend- und Drogenberatung	Dr. Jürgen Friedrichs	Geschäftsführer
Krisenhilfe <b>Bochum</b>	Claudia Felderhoff	Geschäftsführung
<b>Düsseldorfer</b> Drogenhilfe e.V.	Michael Harbaum	Geschäftsführender Vorstand
Jugend- und Drogenberatung <b>Rheine</b>	Joachim Jüngst	Leitung